



Niederschrift

16-017. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 07.12.2007, 08:00 Uhr bis 11:10 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim

Tagesordnung

- | | |
|-------------|--|
| Punkt 1 | Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen |
| Punkt 1.1 | Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2008 bis 2011
Vorlage: 16-0714 |
| Punkt 1.2 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 |
| Punkt 1.2.1 | Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb - Haltestelleninfrastruktur
Vorlage: 16-0778 |
| Punkt 1.2.2 | Sicherstellung der Mittagsverpflegung von Kindern "mit Hartz IV Hintergrund"; hier: Prüfauftrag in Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Oktober 2007
Vorlage: 16-0727/2 |
| Punkt 1.2.3 | Anfrage der SPD-Fraktion vom 4.12.2007 zur HFPA-Sitzung, finanzielle Mittel für Schulen mit Ganztagsbetreuung betreffend und Antwort hierzu
Vorlagen: 16-0815 und 16-0815/1 |
| Punkt 1.2.4 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 16-0784 |
| Punkt 1.3 | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 16-0774 |
| Punkt 1.4 | Haushaltssolidierungskonzept 2008 bis 2011
Vorlage: 16-0781 |
| Punkt 2 | Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft - Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008
Vorlagen: 16-0622 und 16-0622/1 |
| Punkt 3 | Beteiligung des Kreises Bergstraße an der Internationalen Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH
Vorlage: 16-0796 |

Punkt 1.2: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008

**Punkt 1.2.1: Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb
- Haltestelleninfrastruktur
Vorlage: 16-0778**

Der Ausschuss hat von der auf einen in der letzten Sitzung erneuerten Informationswunsch von Abgeordnetem Ruoff hin nachgereichten Vorlage 16-0778 zu Beginn der Haushaltsberatungen Kenntnis genommen. Fragen dazu gab es keine.

**Punkt 1.2.2: Sicherstellung der Mittagsverpflegung von Kindern "mit Hartz IV Hintergrund"; hier: Prüfauftrag in Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Oktober 2007
Vorlage: 16-0727/2**

Der Ausschuss nahm von der Vorlage 16-0727/2 Kenntnis. Eine Beschlussempfehlung an den Kreistag erfolgte nicht.

**Punkt 1.2.3: Anfrage der SPD-Fraktion vom 4.12.2007 zur HFPA-Sitzung, finanzielle Mittel für Schulen mit Ganztagsbetreuung betreffend und Antwort hierzu
Vorlagen: 16-0815 und 16-0815/1**

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-0815/1 Kenntnis genommen.

**Punkt 1.2.4: Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 16-0784**

Unter Zugrundelegung des Haushaltsplanentwurfs 2008 und der in der letzten Sitzung verteilten "weißen Änderungsliste" hat der Ausschuss über den Entwurf des ersten doppelten Haushaltsplanes des Kreises Bergstraße beraten.

Eingangs gingen die Vertreter noch einmal auf die Ermittlung und Veranschlagung der in der letzten Sitzung thematisierten produktübergreifenden Personalaufwendungen ein (Abfrage der Arbeitsanteile bei den sachbearbeitenden/mittelbewirtschaftenden Stellen, Berechnung durch das Personalmanagement; noch keine Arbeitszeitaufzeichnungen).

Die Produkte der in die Zuständigkeit des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses fallenden Teilhaushalte 1 und 6 wurden alsdann anknüpfend an die bereits in der letzten Sitzung begonnenen Beratungen einzeln aufgerufen. Die anwesenden Dezernenten und die Vertreter der Verwaltung gaben punktuell nähere Erläuterungen und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder. Folgende Produkte und damit zusammenhängende Ausführungen (Produktbeschreibungen, Ziele, Kennziffern) wurden angesprochen:

Produkt 1070 (IT-Management)

Fragen zur Abschreibung der IT-Ausstattung der Kreisverwaltung.

Produkt 1110 (Revision)

Fragen zum Schulungsbedarf des Personals und im Hinblick auf die Prüfung der künftigen doppischen Haushalte des Kreises und der Kommunen sowie deren Eröffnungsbilanzen durch das Revisionsamt.

Produkt 1150 (Rechtsberatung und -betreuung)

Fragen zur Inanspruchnahme des Rechtsamtes der Kreisverwaltung und/oder externer Anwaltskanzleien bei Personalentscheidungen und Arbeitsrechtsstreitigkeiten des Kreises, aber auch im Zusammenhang mit Rechtsfragen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich der Eigenbetriebe, der KKHg GmbH sowie, gegebenenfalls, der Städte und Gemeinden des Kreises.

Produkt 1170 (Haushaltsplanung und Finanzmanagement)

Fragen zur Kennzahl: Zinsaufwand./Gesamtaufwand - minus 10 Prozent und die diesbezüglichen Realisierungsaussichten.

Produkte 1290 (Lebensmittelüberwachung) und 1300 (Fleischhygiene)

Kennzahlen. Gegebenenfalls sollte in einer der nächsten Sitzungen eine Erläuterung zur Situation der Lebensmittelüberwachung durch die Fachabteilung gegeben werden.

Zu den in den Teilhaushalten 1 und 6 darüber hinaus aufgeführten Produkten gab es keine Fragen.

Die von den Fachausschüssen Ausschuss für Schule und Soziales und Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur eigenverantwortlich vorbereiteten Teilhaushalte 2, 3, 4 und 5 wurden einzeln summarisch aufgerufen.

Abgeordneter Hartmann bat, in Sinne von Transparenz auf die in der Anfrage der SPD-Fraktion zur heutigen Sitzung nachgefragten Sachverhalte (sh. TOP 1.2.3) auch im Teilhaushalt 2 künftig näher einzugehen um entsprechende wiederkehrende Nachfragen zu vermeiden (eine Frage der Tiefe der Erläuterungen im Haushaltsplan). Verwaltungsseits wurden dafür keine Hindernisse gesehen.

Abschließend wurde von Abgeordnetem Kaltwasser die Frage angesprochen, wann und wie der Kreistag vor Verabschiedung des Haushaltes 2008 über das Ergebnis der Anhörung der Kommunen zum Haushaltsplanentwurf unterrichtet werden soll.

Erster Kreisbeigeordneter Metz will den Kreistag in seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 mündlich über die Anhörung informieren.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss festgestellten Entwürfen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2008 unter Berücksichtigung der

heute vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 HKO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO und § 97 HGO die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 entsprechend dem Entwurf vom 7. Dezember 2007."

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit. 7 Jastimmen, 4 Neinstimmen.

(Abgeordnete Hartmann war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.)

Punkt 1.3:

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 16-0774

Der Ausschuss hat über den Stellenplanentwurf für das Jahr 2008 und die vorgeschlagenen Änderungen beraten.

Erörterung gab es

- zu Fragen von Abgeordnetem Hoch bezüglich Einhaltung der Stellenobergrenzenverordnung (Herr Ahlheim gab nähere Informationen. Eine kurzfristige Überschreitung habe sich durch die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben im Bereich der Besoldungsgruppe A 16 ergeben, die inzwischen durch personelle Veränderungen und damit Wirksamwerden von ku-Vermerken aber nicht mehr relevant sei) und zur Ausweisung einer Stelle nach B 4 BbesG im Stellenplan für einen weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten, die aber schon seit über 10 Jahren nicht besetzt sei (hier wurde vom Landrat abgesehen von der Pflicht zur Umsetzung der Bestimmung in der Hauptsatzung des Kreises keine weitergehende Kompetenz des Kreisausschusses gesehen, sondern die politische Verantwortlichkeit des Kreistages).
- zu Fragen von Abgeordnetem Ruoff bezüglich Systematik und Begründung von Höherbewertungen oder Herabsetzungen von Stellen (ein Ansatzpunkt: Höherbewertung von Prüferstellen im Revisionsamt) im Kontext aller Verwaltungseinheiten der Kreisverwaltung (Herr Ahlheim verwies zum Revisionsamt auf die in den letzten Jahren immer mehr gestiegenen und sich veränderten Anforderungen an die Prüfer) und zur Schaffung einer neuen Stelle für Widerspruchsbearbeitung in der Bauverwaltung.
Der Landrat gab Erläuterungen zu den Stellenreduzierungen in den letzten Jahren um über 60 Planstellen und die dabei praktizierte sozialverträgliche Verfahrensweise und auf weitere Nachfragen zu den jeweiligen organisatorischen Überlegungen bei Zuweisung neuer Aufgaben auf die Kreise oder bei Freiwerden und Wiederbesetzung von Stellen sowie zu der aktuellen Entwicklung der Gesamtstellenzahlen im Stellenplan 2008, bedingt u.a. durch notwendige Stelleneuschaffungen im Jugendamt und im Bereich der Schulsekretariate.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Entwurfes des Stellenplanes sowie der Stellenübersicht des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft für das Haushalts-(Wirtschafts-)jahr 2008, wie sie sich aus Spalte 6 (im Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft aus Spalte 5) der Anlage 1 zur Vorlage 16-0774 ergeben.

Abgeordneter von Hunnius verwies u. a. darauf, dass in der jüngeren Vergangenheit bereits einige touristisch interessante Angebote in der Odenwaldregion verloren gegangen seien. In Kombination mit der Schienenstrecke könne im Tagestourismus nun ein neues Gesamtangebot initiiert werden, das für die gesamte Region Sinn mache, für eine interkommunale Zusammenarbeit beispielhaft werden könne und darüber hinaus verhindere, dass der Odenwald in Zukunft immer mehr zur "Schlafregion" für die Ballungszentren werde.

Der Vorsitzende schlug vor, im Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage die als absolut wirkende Festschreibung der gemeindlichen Beteiligung an der Finanzierung umzuformulieren (siehe nachstehenden Beschlussvorschlag).

Abschließend wurde folgender, in den Absätzen 1 und 4 gegenüber dem Beschlussvorschlag des Kreisausschusses geänderter **Beschlussvorschlag** (siehe Kursivdruck) **zur Abstimmung gestellt**:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss möge beschließen:

"Der Realisierung des interkommunalen Projekts „Reaktivierung Überwaldbahn für touristische Nutzung (Draisine)“, mit Projektkosten (lt. Kostenaufstellung Anlage 1) in Höhe von 5.988.543 € wird unter dem Vorbehalt der Bewilligung einer EU-Förderung in Höhe von 50 % der förderfähigen Projektkosten zugestimmt. Die danach verbleibenden 50 % *sollen* jeweils zur Hälfte vom Kreis und den beteiligten Kommunen getragen *werden*.

Sofern sich noch weitere Finanzierungsmöglichkeiten durch förderungsunschädliche Fremdmittel ergeben, soll dieser Vorteil den Kommunen zu Gute kommen.

Die jährlichen Folgekosten (lt. Kostenaufstellung Anlage 1) in Höhe von 108.296 € tragen je zur Hälfte der Kreis und die beteiligten Kommunen, wobei hier lediglich die liquiditätswirksamen Aufwendungen abzüglich der Erträge (Umsatzpacht, Nutzungsentgelt Draisine) herangezogen werden; der Kommunalanteil kann auch durch Eigenleistungen (z. B. durch Leistungen der Betriebshöfe) erbracht werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zum Erhalt der Förderung und anschließenden Realisierung des Projekts zu veranlassen; hierzu gehört insbesondere

- die Klärung der formalen Projektträgerschaft
- die Weiterführung der Kaufpreisverhandlungen mit der DB AG, mit dem Ziel des unentgeltlichen Erwerbs der Strecke mit Kunstbauten
- Vergabe des Betriebs an einen Betreiber
- die Erschließung weiterer förderungsunschädlicher Finanzierungsquellen
- *die Klärung der Finanzbeteiligung der betroffenen Kommunen.*

Bis zur Klärung der vorgenannten Punkte wird das Projekt federführend, auch haushaltsmäßig, vom Kreis weiter vorangetrieben."

Für den Beschlussvorschlag stimmten 6 Ausschussmitglieder, 6 Mitglieder stimmten dagegen.

Damit war gemäß § 54 HGO i. V. mit § 28 HKO der Beschlussvorschlag abgelehnt.

